

Ergänzende Information zur Verarbeitungstätigkeit PC-Wahlen

zur allgemeinen Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Amt Biesenthal-Barnim gemäß Artikel 12 bis 22 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Amt Biesenthal-Barnim wird hinsichtlich der konkreten Verarbeitungstätigkeit für die PC-Wahlen durch nachfolgende Informationen wie folgt ergänzt:

1 Kontaktdaten

Bestimmte Stelle

Zweckmäßigerweise werden personenbezogene Daten durch eine bestimmte Stelle innerhalb der Behörde, der eine Aufgabe zugewiesen ist, verarbeitet:

Amtes Biesenthal-Barnim
Wahlbüro
Berliner Straße 1, 16359 Biesenthal
Telefon: 03337 / 4599-25
E-Mail: wahlen@amt-biesenthal-barnim.de

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Die Daten werden zu nachfolgend benannten Zweck verarbeitet:

Die Wahlbehörde darf gemäß der ihr durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben, Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten, übermitteln und speichern, insbesondere für die Berufung von Wahlhelfern, Kandidaten für die anstehende Wahl, Übermittlung der Wahlergebnisse, Bearbeitung der Widersprüche und Klagen in den Verwaltungsverfahren gemäß dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO):

- Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union, zwischenstaatlichen Vereinbarungen oder innerstaatlichen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Durchführung von Wahlen, auch im Rahmen grenzüberschreitender Zusammenarbeit (Wahlarbeit von EU-Bürgern)
- Durchführung von Verwaltungsverfahren, Berufung von Wahlhelfern einschließlich Einrichtung einer Wahlhelferdatei, Berufung von Wahlausschüssen
- Erfassung von Kandidaten für die jeweilige Wahl einschließlich der Wahlvorschlagsträger
- Erfassung der Wahlergebnisse

Rechtsgrundlage:

Für die jeweilige Wahl geltende Rechtsvorschrift (EuWG, EuWO, BWahlG, BWO, BbgLWahlG, BbgLahlV, BbgK-WahlG, BbgKWahlV, VAGBbg, VVVVbBg)

3 Erhebung von Daten bei Dritten

Grundsätzlich erhebt die Verantwortliche personenbezogene Daten bei der betroffenen Person. Erhebt die Verantwortliche ausnahmsweise Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 14 DSGVO einschließlich Quellenangabe informiert.

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Kandidaten für die anstehende Wahl sind nicht verpflichtet, ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Allerdings ist bspw. die Zustimmungserklärung für die Wahl nur mit diesen Angaben gültig. Ebenso sind Wahlhelfer nicht verpflichtet, ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Um aber als Wahlhelfer tätig sein zu können, sind diese Angaben erforderlich.

5 Datenübermittlungen

Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person. Dies sind die Antragsteller, Grundstückseigentümer, am Verfahren Beteiligte gemäß § 13 Verwaltungsverfahrensgesetz,

die behördeninternen Mitarbeiter anderer Dienststellen und die an den Ziffer 2 genannten Verfahren beteiligten Behörden und Stellen, Bundes-, Landes-, Kreis- und Amtswahlleiter, Landesamt für Statistik Berlin/Brandenburg, der Wahlausschuss, sowie die Gerichte.

6 Automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling)

Es erfolgt keine personenbezogene automatisierte Entscheidungsfindung (Profiling) bei dem Verantwortlichen im Zusammenhang mit der betreffenden Aufgabenerfüllung.

7 Speicherfristen

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt so lange, wie es zu der Aufgabenerfüllung notwendig ist bzw. wenn der Speicherung nicht widersprochen worden ist.

8 Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, haben Sie als betroffene Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die (ausg. Punkt 8.5) zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 1 benannten Stelle geltend zu machen sind.

8.1 Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

- a) neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit nach Art. 15 DSGVO einen individuellen Auskunftsanspruch über ihre durch die Verantwortliche verarbeiteten personenbezogenen Daten, insb. über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 8 dieser allg. Information,
- b) nach Art. 16 DSGVO das Recht, von der Verantwortlichen die Berichtigung von unrichtigen oder die Ergänzung von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,
- c) den Anspruch, die Verantwortliche zur Löschung der betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO aufzufordern, soweit ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist,
- d) unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die Einschränkung der Datenverarbeitung zu fordern, soweit ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden.

8.2 Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 Abs. 1, lit. e) DSGVO widersprechen, sofern die Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann, und keine Rechtsvorschriften zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

Der Widerspruch kann formlos unter Angabe des Namens der Betroffenen Person und ihrer Adresse erfolgen und sollte gerichtet werden an:

Amt Biesenthal-Barnim
Wahlbüro
Berliner Straße 1, 16359 Biesenthal
Telefon: 03337 / 4599-25
E-Mail: wahlen@amt-biesenthal-barnim.de

8.3 Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so hat sie das Recht, die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen (Art. 20 DSGVO).

8.4 Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht und die Art und Weise, wie dieser erfolgen kann, informiert.

8.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei nachfolgender Behörde zu beschweren bei der

Landesbeauftragten für den Datenschutz Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow
Telefon: 033203 - 356 0, Fax: 033203 - 356 49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de,
Internet: www.lda.brandenburg.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.